

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe der Anmeldungen der Kraftfahrzeuge und Probefahrtenkennzeichen zum Zwecke der Besteuerung.

Nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 8. April 1922 sind mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab auch die bisher steuerfreien Kraftfahrzeuge insbesondere also Kraftbroschfen, Kraftomnibusse und Lastkraftwagen, sowie die Probefahrtenkennzeichen zu versteuern.

Serner sind nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes auch die Eigenbesitzer bereits versteuerten Kraftfahrzeuge zur Lösung einer neuen Steuerkarte verpflichtet, wenn die laufende Steuerkarte nach dem 31. Oktober 1921 gelöst worden ist.

Die hiernach steuerpflichtigen Kraftfahrzeugbesitzer und Inhaber von Probefahrtenkennzeichen sind zur Anmeldung ihrer Kraftfahrzeuge und Probefahrtenkennzeichen bei dem unterzeichneten Finanzamt verpflichtet. Das Finanzamt wird die Steuerpflichtigen, soweit sie ihm bekannt sind, demnächst zur Anmeldung unter gleichzeitiger Uebersendung von Vordrucken auffordern. Der Steuerpflichtige ist zur Anmeldung auch dann verpflichtet, wenn ihm eine besondere Aufforderung oder ein Vordruck nicht innerhalb 4 Wochen zugefandt worden ist.

Hohenstein-Gruthal, am 15. Juni 1922

Das Finanzamt.

Siehe kann bis auf weiteres nur nach vorheriger Bestellung abgegeben werden.

Hohenstein-Gruthal, 19. Juni 1922.

Sach- u. Elektrizitäts-Verwaltung.

leute über das Unglück laut wurde: „Worin hebt sie uns der Schœpflaut,“ sagte der eine, „weil sie dort nicht umgugeln verlohnt?“

Stapellauf eines deutschen Riesendampfers.

Auf der Schichauwerft in Danzig lief am Sonnabend in Gegenwart einer tausendköpfigen Zuschauermenge der Personen- und Frachtdampfer „Columbus“ vom Stapel, der für den Norddeutschen Lloyd erbaut worden ist. Das Schiff ist mit 32 000 Br.-Reg.-Tonnen und über 40 000 T. Wasserdrängung, das größte Schiff der deutschen Handelsmarine und der erste Riesendampfer, der seit dem Kriege wieder unter deutscher Flagge den Ozean befahren wird. Beim Ablauf erreichte das wegen des verhältnismäßig schmalen Wassers stark gebremste Schiff sein Element nur mit etwa einem Drittel seiner Länge. Mit hydraulischem Druck und Schlepperhilfe wird an dem Zuwasserbringer weiter gearbeitet.

Sparjamkeit in Oesterreich.

Die österreichischen Sealsangestellten haben, dem Appell des Bundeskanzlers folgend, auf einen Teil der ihnen laut der Indexziffer zuzurechnenden Bezugserhöhung pro Juni verzichtet.

Poincaré in London.

Wie das Reutersbureau erfährt, wird am Montag nachmittag zwischen Lloyd George und Poincaré eine Besprechung nach dem Frühstück stattfinden, das Lloyd George gibt, und an welchem Poincaré mit Gattin und mehrere britische Minister teilnehmen werden. Für die Besprechung ist noch kein endgültiges Programm festgesetzt, doch werden wahrscheinlich die Frage des nahen Ostens, die Saager Konferenz und die deutsche Wiedergutmachung, wie sie sich nach der Entscheidung des Bankenausschusses darstellen, besprochen werden.

Ein neuer Raubplan der Franzosen.

Poincaré hat in einer seiner jüngsten Reden angedeutet, daß Frankreich im schlimmsten Falle auch ohne Befehung des Ruhrgebietes zu seinem „Recht“, das heißt zu einer Beherrschung und Auspöwerung Deutschlands kommen werde. Dieses seine Pläne wird nunmehr von dem Pariser „Journal“ ausgeplaudert. Zwei Pläne sollen mit einer Klappe geschlagen werden: Frankreich will die Hand an der Gurgel Deutschlands haben und durch eine Fördersteuer die Kohlenpreise derart heraufstreifen, daß England von der deutschen Konkurrenz befreit wird. So hofft man, die Zustimmung Englands zu diesem seinen Plänen zu gewinnen. Es wird darüber aus Paris berichtet:

„Journal“ fragt, wie sich nunmehr die Reparationsfrage stellt und kommt zu dem Ergebnis, Frankreich brauche nur fest zu bleiben, dann werde es die Frage lösen. Wenn die Deutschen sehen, daß die Franzosen geschlossen und stark seien, dann würde die deutsche Regierung den Großindustriellen und reichen Besitzern schon die nötigen Opfer aufzwingen; dann werde die deutsche Regierung selbst die betreffenden Kombinationen vorschlagen, nämlich die Beteiligung an Ruhen, Monopole, Abgabe vom öffentlichen Vermögen oder von den Staatsentnahmen. Würde keines dieser Mittel befriedigen, dann müßte man weiter sehen. Schon im Jahre 1921 hätten Briand und Loucheur sehr ernsthaft einen Ausbeutungsplan für das Ruhrgebiet ausgearbeitet. Die Männer, die mit der technischen Ausarbeitung beauftragt werden sollten, seien schon bestimmt gewesen. Man bestimme, daß Poincaré eventuell die Wiederaufnahme dieses Planes mit Hilfe der Techniker ins Auge fasse. Es handelt sich jedoch nicht mehr, wie es Loucheur vorgehen habe, um eine einfache Besitzergreifung der deutschen Kohle, sondern um die Anwendung der Fördersteuer, damit Deutschland die notwendige Kohle für seinen Bedarf behalten könne. Man hoffe, England für diese Lösung zu gewinnen, weil sie letzten Endes dem Verlangen der englischen Industrie entspreche, die vor allem eine Erhöhung des Herkellungspreises der deutschen Produktion verlange. Das Blatt schreibt, es sei wahrscheinlich, daß diese Frage einer der Hauptgegenstände der Unterredung zwischen den beiden Ministerpräsidenten in London sein werde.

Poincaré im Damentreis.

Poincaré hielt am Sonnabend abend vor dem englischen Damentomitee der Hilfsliga für die zerstörten Gebiete eine Rede, worin er ausführte:

Die Herzenspolitik, die die Damen betreiben, sei im Grunde, Meinungsverschiedenheiten zu zerstreuen und

die Geister einander zu nähern. Die Wirtschaftskrise, die in ganz Europa und besonders in England wüte, habe den Eifer der Engländer, den sie bei ihrer Hilfe für die zerstörten Gebiete entwickelten, nicht gemindert. Zahlreiche Dörfer und Städte haben englische oder schottische Städte als Patinnen. Auf Frankreichs Boden verbleiben dadurch lebendige und unverwischbare Spuren der englischen Solidarität, die künftighin auch die Geschichte der beiden Völker untrennbar gestalten. Seit ein Jahr auf Frankreichs Friedhöfen englische und französische Soldaten, die die Gerechtigkeit und die Freiheit verteidigten“ und nun brüderlich vereint sind. Bei Verdun entschied sich 1916 das Schicksal des Krieges. Nicht allein deshalb, weil die Soldaten Beweise ihres unvergleichlichen Wertes ablegten, sondern weil die Verteidigung der Festung in den Augen der ganzen Welt den Widerstand des Rechts gegenüber den Absichten des Imperialismus (!) und den Aufsturm der Gewalt (!) symbolisierte. Heute fangen die Dörfer in der Umgebung von Verdun an, sich aus ihren Trümmern zu erheben. Frankreich, das schon nahezu 90 Milliarden Franken für Rechnung Deutschlands vorstreckte und seine ganze Tätigkeit zum Wiederaufbau seiner zerstörten Provinzen verwandte, habe die schwersten Opfer gebracht, um die Leiden der Bewohner der Ruinengebiete abzulösen. Diese haben sich mit unermüdlichem Eifer an die Arbeit begeben, und allenthalben wo die Bebauung des Bodens möglich war, bedekten sich die Felder mit der schönsten Ernte. Es widerspreche der Vernunft und der Billigkeit, daß Frankreich jetzt gezwungen sei, die Lasten der ungeheuren Ausgaben zu tragen, die durch den Angriff Deutschlands verursacht wurden. Die Eingetrigkeit zwischen Frankreich und England, schloß Poincaré, sei eine der sichersten Bedingungen für den allgemeinen Frieden.

Poincaré leerte sein Glas zu Ehren der englischen Damen und trank auf den Erfolg des Hilfswerkes.

Schanzers Warnung an Rußland.

Im italienischen Senat hielt der Minister Schanze eine Rede über die auswärtige Politik Italiens, in der er u. a. sagte:

Der Erfolg der Haager Verhandlungen wird größtenteils von der Art der Maßnahmen und dem persönlichen Geiste Rußlands selbst abhängen. Es steht fest, daß wir nicht aus Rücksicht auf Rußland unsere Solidarität mit den übrigen an den Verhandlungen beteiligten Regierungen opfern, noch auf die rechtmäßige Bürgschaft für unsere Interessen verzichten können. Zweifelloso müssen wir in der Frage der Schulden und der Verantwortlichkeit für die Schäden den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen, in denen sich Rußland heute befindet. Andererseits aber können wir gewiß nicht das ganze Recht des italienischen Staates, namentlich die Rechte der italienischen Bürger auslösen, die ihre Kapitalien und ihre Arbeit nach Rußland getragen haben, deren Freiheit ihnen nicht geraubt werden können. Die Vertreter Rußlands dürfen sich gerade in dem Augenblick, da sie eine Kredithilfe von Europa fordern, nicht der Täuschung hingeben, daß Europa sich einfach auf dem Altar des russischen Wiederaufbaues opfern wolle. Es scheint selbstverständlich, daß in den Tagen, wo wir in Genua für den russischen Wiederaufbau arbeiten, der Rat der Volkskommissare in Moskau eine Entschädigung allgemeinen Charakters angenommen hat, wonach Rußland neuer Vertrag mehr (also auch der italienisch-russische Vertrag nicht) mit irgend einer europäischen Nation von Rußland abgeschlossen werden dürfe, sofern er nicht die Bedingungen der rechtlichen Anerkennung und ebenso die Anerkennung enthalte, daß die Auslandsvertreter der Sowjetregierung die einzige Vertretung Rußlands darstellen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Juni.

Auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages standen zunächst kleine Anfragen. Nach deren Erledigung beantragt Abg. Dittmann (Unabh.) die Interpellationen über die Verhältnisse in Königsberg noch heute auf die Tagesordnung zu setzen. Der Reichstag wolle sich mit diesen Fragen sofort beschäftigen, weil die monarchistischen Treiber immer mehr um sich griffen. Die Zeichen der Zeit seien drohend und erinnerten an die Tage vor dem Rapp-Busch. (Lachen rechts.) Der Antrag Dittmann wird abgelehnt. Gegen den Antrag der Reden, die Erbschaftsteueranträge ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen, damit sie gemeinsam mit der Zwangsanleihe und der Einkommensteuer behandelt werden können, erhob Abg. Höllein (Komm.) Einspruch. Durch diesen Einspruch könnte die Erbschaftsteuer nicht mit der Zwangsanleihe und der Einkommensteuer verbunden werden. Abg. Schulz-Bromberg beantragt darauf die Zwangs-

anleihe heute mit der Einkommensteuer abzufügen, damit diese beiden Vorlagen mit der Erbschaftsteuer am Sonnabend auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Dieser Antrag wurde gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen.

Nachdem das Gesetz über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht in zweiter und dritter Lesung angenommen worden war, folgte die erste Lesung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung.

Abg. Giebel (Soz.) erklärte, daß die Unternehmer diesem Gesetz nur dann Geschmach abgewinnen würden, wenn es die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einschränke. Alle Bestimmungen des Gesetzes, die in diesem Sinne ausgelegt werden könnten, müßten beseitigt werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Vorlage will das Schlichtungswesen einer endgültigen Regelung zuführen. Wir bedürfen des Gesetzes dringend, um nicht die Einheitlichkeit des gesamten Arbeitsrechtes zu gefährden. Es wäre heute ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn man nicht alles daran setze, die Herstellung des wirtschaftlichen Friedens mit allen Mitteln zu erreichen. Heute spielen sich die erbittertesten und folgenschwersten Kämpfe selbst in den gemeinnütigen Betrieben ab. Daher richtet sich heute ein Arbeitstempel gegen das Privatkapital, als gegen die Arbeitskollegen auch in anderen Zweigen. Daher ist es heute Pflicht aller Beteiligten, die Wirtschaftskämpfe auf das geringste und allernotwendigste zu beschränken. Dieses Ziel zu erreichen, ist der Zweck der Vorlage. Das Streikrecht wird nicht illusorisch gemacht, nur sollen vor Beginn der Kämpfe alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft werden. Von Strafbestimmungen sieht die Vorlage vollkommen ab.

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Wir werden die schwere wirtschaftliche Krise nur überwinden, wenn wir als Volk einig sind. Dazu gehört vor allem Erzielung des Arbeitsfriedens. Streiks dürfen nicht Selbstzweck sein.

Abg. Graf-Thüringen (Deutschn.): Dieser Entwurf räumt auf mit der Aufassung der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, daß man die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse dem Kampfe der Interessenten überlassen sollte. Wir haben bei unserer sozialen Einstellung diesen Gedanken nur unterstützt. Deshalb stehen wir dem Grundgedanken des Entwurfs sympathisch gegenüber. Beträgt sich aber, wenn wir die Wege betrachten, die eingeschlagen werden sollen. Wieder einmal soll ein prachtooller bürokratischer Instanzenzug geschaffen werden.

Steuervorlagen im Reichstag.

Berlin, 17. Juni.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12,20 Uhr. Zum Geschäftsführer für den verstorbenen Abg. Raden (Zentr.) wird der Abg. Schwarz-Hessen (Zentr.) gewählt.

Die unabhängig-sozialdemokratische Interpellation über die Stellung der Landwirtschaft zur Getreidemulage wird, wie ein Regierungsvertreter erklärt, in der nächsten Woche beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen. Entsprechend der Kommissionsentscheidung sind die Tagegelde und Reiseflohen erhöht worden. Nach der Vorlage sollen die Schöffen und Geschworenen eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Die Höhe dieser Entschädigung bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages.

Abg. Feldmann (Soz.) fordert auch eine Entschädigung für die Mitglieder des Steuerausschusses. Der Gesetzesentwurf wird angenommen.

Der Gesetzesentwurf über die Verträge mit Frankreich, besonders über die Ausführung der Wiedergutmachungsleistungen, wird dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Zwangsanleihe und die Anträge Crispians (Unabh.) zum Einkommensteuergesetz und Dr. Curtius (Deutsche Wpt.) und Dr. Herzt (Deutschn.) über die Aenderung des Erbschaftsteuergesetzes.

Präsident Löbe stellt fest, daß alle vier Vorlagen dem Steuerausschuss überwiesen werden sollen.

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich gegen den Antrag der Volkspartei. Der Redner erklärt, seine Partei führe einen historischen Kampf gegen die Steuerdrückereigerei des Großkapitals. In Königsberg hätte die Reichswehr gemehrt. Als der Redner das Attentat gegen die kommunistische Zeitung in Moskau erwähnt, wird ihm zugerufen, daß die Kommunisten selbst dieses Attentat veranstaltet hätten. Höllein nennt darauf den Zuerster, den Abg. Graf (Deutschn.) einen Großverbrecher. Der Präsident schreitet mit einer Rüge ein. Damit schließt die erste Lesung.

Die Vorlagen werden sämtlich dem Steuerausschuss überwiesen.

Darauf wird die erste Lesung der Schlichtungsordnung fortgesetzt.

Abg. Malchahn (Komm.) lehnt die Vorlage ab, weil sie das Streikrecht der Arbeiter verleihe. Sie sei eine Vorlage im Sinne der Deutschen Volkspartei und daher für die Arbeiterschaft unannehmbar.

Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Haus verlagert sich auf Montag 3 Uhr.

Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Schluß nach 3 Uhr.

Sächsische politische Irrtungen

Die sächsische Regierung winkt ab.

Gegenüber den von demokratischer Seite verbreiteten Meldungen, daß die sächsische Regierung infolge der durch die Haltung der Kommunisten ent-

standenen schwierigen parlamentarischen Lage eine Umbildung unter Hinzuziehung bürgerlicher Kreise erwäge, läßt die Regierung folgende amtliche Meldung verbreiten:

„Die in letzter Zeit in der Presse veröffentlichten Meldungen über angebliche Besprechungen und Verhandlungen zwischen Fraktionen oder politischen Persönlichkeiten über eine Regierungsumbildung in Sachsen entbehrt jeder Grundlage. Die Regierung steht in voller Uebereinstimmung mit den sozialistischen Fraktionen auf dem Standpunkt einer Entscheidung über einen eventuellen Rücktritt der Regierung durch eine Landtagsneuwahl keineswegs auszuweichen.“

Die heute auch von der Regierung berichtigten Meldungen sind in politisch unterrichteten Kreisen nirgends ernst genommen und in parlamentarischen Kreisen nur belächelt worden. Jedermann, der die politischen Geschehnisse der letzten Zeit auch nur einigermaßen zu beurteilen verstand, weiß, daß jeder einzelne der gegenwärtigen Minister seinen Sitz bis zum äußersten abgeben und ohne Zwang aus dem Parlamente heraus niemals einem bürgerlichen Anwärter weichen wird.

Gute Ausichten für das Volksbegehren.

Wie der „Sächsische Zeitungsdienst“ meldet, sind in den letzten Tagen die Eintragungen für das Volksbegehren allerorts, besonders in den größeren Städten, so lebhaft erfolgt, daß die erforderlichen 10 Prozent der Wahlberechtigten durchgängig ganz erheblich, wiederholt sogar vielfach überschritten sind. Bis Freitag nachmittag hatten in Dresden von rund 400 000 Wahlberechtigten 66 500, in Leipzig von 214 000 Wahlberechtigten 61 000, in Chemnitz von 189 000 Wahlberechtigten 34 000, in Plauen von 63 000 Wahlberechtigten 14 500, in Zwickau von 24 000 Wahlberechtigten 6600, in Bauten von 21 000 Wahlberechtigten 5000 Personen ihre Eintragungen bewirkt. Da bei diesen Ziffern noch drei Tage ausstehen, kann angenommen werden, daß die erforderlichen 300 000 Eintragungen schon in den genannten Städten allein fast zusammenkommen werden.

Sächsisches.

Hohenstein-Gruthal, 19. Juni 1922

Wettervorhersage für morgen:
Weitere Aufklärung, kühl, nordwestliche Winde.
Temperatur am 18. Juni:

Minimum +11,0, 12 Uhr +11,5, Maximum +12,2

—e. Das Schützenfest, das am Sonnabend abend 6 Uhr mit Japantreich seinen Anfang nahm, hatte leider bisher sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Am Sonnabend nachmittag setzten die Gewitter mit Regen ein, der dann mit kurzen Unterbrechungen bis gestern nachmittag anhält und auf den Erdboden des Platzes und den Besuch ungünstig einwirkte. Der Sonntagmorgen Wettersuntertrieb deshalb und wurde erst heute früh nachgeholt. Gestern nachmittag hörte der Regen zum Glück auf, jedoch die Schaustellungen, Vergnügungs- und Restaurationszette doch noch auf ihre Kosten kamen, wenn auch der richtige Bierwurf infolge der eingetretenen Kälte nicht vorhanden war. Heute ist es immer noch unklar, und mit Regenschauern muß wohl oder übel gerechnet werden.

—* Aus Anlaß der Uebergabe Ober-Schleffiens hatten am Sonnabend die sächsischen, staatlichen und Reichsgebäude Halbmaße geklagt. Aus dem gleichen Grunde fand gestern auch von den Kirchen unserer Stadt Trauergeklänge statt.

—p. Ein Ladenassistent habe sich heute vormittag in der 11. Stunde in das Bürgerschloß von Gotthilf Bohne, Weinleerstraße, eingeschlichen. Als B., der auf das Anschlagen der Klingel in den Laden gekommen war und einem jungen Mann Vorhändelnöppe verkauft hatte, an die Ladentafel trat, bemerkte er unter dieser einen Mann, der B. niederzuschlagen versuchte. Es kam zu einem kurzen Kampfe, in dessen Verlauf der Eindringling auf B. mit einem rasch ergriffenen schweren Gegenstand einschlug, ihn aber zum Glück nur an der Hand verletzte. Der Dieb ergriff nunmehr die Flucht und wurde von B. und einem Polizeibeamten am Schützenhaus vorbet, über den Berg bis nach Oberlungwitz hinein verfolgt. Hier wurde er in der Nähe der Brauerei von Herrn von einem Telegraphenarbeiter angehalten und dem Polizeibeamten übergeben. Es ist der mehrfach vorbestrafte wohnungslose Badergasse Ernst Oswald Kaufmann, geb. am 31. Mai 1896 zu Zwickau. A. wurde bereits an das Amtsgericht abgeführt.

—e. Der hiesige Ortsverband des Deutschen Seevereins (früher Deutscher Flottenverein) hielt am vergangenen Sonnabend im Hotel „Drei Schwane“ nach längerer, durch die Verhältnisse veranlaßter Pause eine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Schulz-Direktor Salfer, berichtete über die am 6. Mai stattgefundenen Sitzung des Landesverbandes und die am 20. Mai abgehaltene Ausschußsitzung, die sich einmütig für das Weiterbestehen des Ortsverbandes ausgesprochen hatte. Der Gesamtverband wurde in der bisherigen Zusammenfassung wiedergebildet und durch einige neue Mitglieder ergänzt. Als Jahresbeitrag sollen dem gesunkenen Geldwert entsprechend, 20 Mk. erhoben und von dem jetzigen Klassenbestand von 583 Mk. 200 Mk. an den Landesverband Sachsen zu dessen Stärkung überwiesen werden. Am den Verein auch nach außen hin wieder bekannt zu machen, ist für den Herbst oder Winter ein Vortragabend, wenn möglich, gemeinsam mit einigen anderen hiesigen Vereinen, geplant, für den ein zugkräftiger Redner gewonnen werden soll. Mit der Aufforderung, in allen Kreisen für den Verein, der zu dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte auch sein Scherlein beitragen will, tatkräftig zu werden, schloß der Herr Vorsitzende gegen 1/10 Uhr die Versammlung.